

Warum Olli Dittrich der bessere Trump ist

Für die ARD schlüpft der **Hamburger Verwandlungskünstler** in die Rolle eines Vetters des US-Präsidenten – und wird von Günther Jauch interviewt

MATTHIAS IKEN

HAMBURG :: Auf so eine Idee muss man erst einmal kommen: Günther Jauch kann in seiner Talk-Sendung „House of Trumps“ einen ganz besonderen Gast begrüßen, der bislang unbehelligt von den Weltmedien im beschaulichen Taunus lebte. Der bieder-brave Landmaschinenhändler Peter Trump erzählt dort die unglaubliche Geschichte seiner Familie – und die von gemeinsamen Sommermonaten mit seinem berühmten Vetter aus Amerika: Es ist der scheidende US-Präsident Donald Trump, der zwischen 1954 und 1959 regelmäßig die Sommerfrische im hessischen Würmeling brachte.

Ich liebe die Täuschung, die Möglichkeit mit der Fiktion, der Erfindung

Olli Dittrich

Es sind Fake News, denn weder gibt es Peter Trump – der wird nun genial von Olli Dittrich gespielt –, noch hat es einen Trump-Sprössling nach dem Krieg ins Hessische verschlagen. Die Geschichte aber ist gut erfunden und wird eingebettet in reale Begebenheiten. Der falsche Trump fügt sich somit richtig gut ein in Olli Dittrichs losen TV-Zyklus, der Fernsehformate persifliert: Diese Folge wirkt wie eine der unzähligen Talkshows, die im deutschen Fernsehen am laufenden Band ausgestrahlt werden. Ein prominenter Fragesteller, hier der echte Günther Jauch, trifft einen halbprominenten Gast, bei dem sich der zappende Zuschauer fragt, wo er den schon einmal gesehen hat. Die Fragerunde wird unterbrochen von eingebildeten Bildern und mit Musik untermalten Einspielclips. Alles wirkt normal – aber alles ist erfunden.

„Ich liebe die Täuschung, die Möglichkeit mit der Fiktion, der Erfindung, so nah wie möglich an die Wahrheit heranzukommen. Nach dem Motto: frei erfunden, könnte aber wahr sein“, sagt Dittrich. Der zufällig einschaltende Zuschauer solle denken, das muss echt sein. „Das ist die Basis, auf der sich der Plan entfaltet und funktioniert. Dazu gehört in diesem Fall, dass im Studio ein seriöser, be-



Frei erfunden, könnte aber wahr sein: Olli Dittrich als Peter Trump (l.) und Günther Jauch als Günther Jauch

FOTO: DANIEL WOLCKE/WDR

kannter Journalist – möglichst einer der besten, den wir dafür in Deutschland haben – meine Figur befragt.“

Die Idee geht auf. Ein ernster wie seriöser Günther Jauch trotz dem im karierten Pullover auftretenden Peter Trump wahrlich Unglaubliches ab. Jauch kennt die Lebensgeschichte, aber nicht die Antworten seines Gastes, das macht das Format spannend: Im breitesten Hessisch – Dittrich wurde 1956 in Offenbach geboren – schwadroniert der vermeintlich 72-jährige Peter Trump über gemeinsame Kindheitserlebnisse. Vom Banalen dreht Dittrich das Ganze schnell ins Absurde. So erzählt Dittrich alias Trump, dass die Idee des Trump-Towers in Wahrheit auf das gemeinsame Baumhaus im Taunus zurückgehe („Hinterher wollte er von mir noch Miete haben“). Auch die architektonische Idee stamme von ihm. Der Akkordeon-Spieler schlug vor, das Haus wie eine große Ziehharmonika zu gestalten. Auf die mit dem „gro-

ßen Indianerehrenwort“ versprochenen zehn Etagen aber wartet Peter bis heute.

Das Faszinierende an dem Spiel mit der Wirklichkeit ist das Spiel mit den Fakten. Tatsächlich hat Donald Trump deutsche Wurzeln: Dessen Großvater Friedrich wanderte 1885 aus der Pfalz nach New York aus und bemühte sich später um seine Rückkehr, noch für seinen Vater Fred war Deutsch die Muttersprache. Pläne hatte auch der Immobilienmogul Donald für die alte Heimat seiner Familie: In Stuttgart war 2001 ein 220 Meter hoher Trump-Tower geplant, der dann aber in der Umsetzung scheiterte. Der erfundene Peter erzählt, er sollte dort Geschäftsführer werden.

Geschicht wird „The Real Donald Trump“ mit seinen Kindheitsprägungen in Deutschland erklärt. Schon beim Minigolf in Traben-Trarbach war er demnach der schlechte Verlierer, der Niederlagen nicht akzeptieren kann. Im Hessischen organisierte er seine erste Miss-

Wahl, damals noch die Wahl zur Kartoffelkönigin. Dabei ging Donald „der Ilona an die Wäsche“, der 13-Jährige löste einen Skandal aus: „Der bringt die ganze Jeje in Unsicherheit.“

Bizar sind die Bilder des imaginären Besuchs des heimattümelnden Landmaschinenvertreters im Weißen Haus und Peters Pläne, nach Ablauf der Immunität seinen reichen Vetter zu verklagen. Plötzlich zaubert er ein Testament des realen Friedrich Trump aus dem Hut, das Donald einst in einer Schatulle in Hessen vergessen habe: Die Kanzlei in

Würmeling, spezialisiert auf Agrarrecht, bereite schon die Klage vor. Peter möchte dann in den USA eine kleine Schankwirtschaft eröffnen mit hessischen Spezialitäten, Handkäs mit Musik, Äpfelwoi und Kegelbahn.

Beeindruckt resümiert Jauch, einige Kapitel der Geschichte müssten umgeschrieben werden, wohlgermerkt der Familiengeschichte. Denn nun hätte die Sippe noch einen ganz anderen Vertreter – ohne Arg, Glamour und ohne Amerika.

House of Trumps 23.50 Uhr, ARD

„heute show“ hat so viele Zuschauer wie noch nie

KÖLN :: Morgen um 22.45 Uhr geht die ZDF-„heute show“ mit der letzten Folge des Jahres in eine sechswöchige Winterpause. Auch diesmal verleiht Oliver Welke wieder „Goldene Vollpfosten“ für besonders dumme Leistungen im Jahr 2020. 33 Ausgaben gab es dann dieses Jahr – und so viele Zuschauer wie noch nie. Erstmals seit zehn Jahren hat es die Satiresendung auf einen Zuschauer-schnitt von fünf Millionen gebracht. Im Vorjahr waren es nur 4,2 Millionen. „Die mit großem Abstand meisten Sendeminuten gingen, Überraschung, an Corona“, sagt Moderator Welke. Umso wichtiger sei es gewesen, zwischendurch auch mal Themen zu behandeln, die „medial mehr Aufmerksamkeit verdient hätten“, wie zum Beispiel die „unfassbare Tatsache, dass Andreas Scheuer immer noch im Amt ist“.

dpa

„In aller Freundschaft“: Nur einer kann siegen

HAMBURG :: Die ARD-Serien haben am Dienstagabend die meisten Zuschauer angezogen. Zunächst sahen ab 20.15 Uhr 3,68 Millionen Menschen (Marktanteil 11,6 Prozent) die Anwaltsserie „Falk“, im Anschluss wuchs das Publikum noch einmal: Die Klinikserie „In aller Freundschaft“ interessierte sogar 4,34 Millionen (13,9 Prozent). Die ZDF-Reportage „Früher war alles besser! Oder?“ kam auf 3,04 Millionen (9,6 Prozent). Das „RTL Aktuell Spezial“ zur Corona-Krise wollten 2,71 Millionen sehen (8,6 Prozent), danach blieben auf RTL bei der Show „Der König der Kindsköpfe“ 1,70 Millionen (7,0 Prozent) gleich dran. Bei ProSieben sahen 1,56 Millionen (5,4 Prozent) den Abenteuerfilm „Indiana Jones und das Königreich des Kristallschädels“.

ANZEIGE

GASTBEITRAG

Ein Angriff auf die Freiheit der Medien

Im Streit um die Rundfunkgebühren geht es um viel – ist willfährige Berichterstattung das Ziel?

CORNELIE SONNTAG-WOLGAST

:: Hin und wieder platzieren vor dem NDR-Funkhaus an der Rothenbaumchaussee Protestierende aus der rechten Szene Plakate mit der Aufschrift „Schluss mit den Zwangsgebühren!“ – die Abneigung gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, seine angeblich ferngesteuerten Journalisten und die „Lügenpresse“ zählt zum Repertoire der AfD. Aber dass die CDU in Sachsen-Anhalt sich dieser Geisteshaltung bedenklich näherte und nach handfestem Koalitionskrach die Abstimmung über eine Erhöhung der Rundfunkgebühren zu Fall brachte, lässt aufhorchen.

Nun kann man ja durchaus Programme der ARD, des ZDF und des Deutschlandfunks bemängeln. Zu viele Krimis, hohe Ausgaben für die Übertragungsrechte von Sport-Events, Verlegung anspruchsvoller Reportagen und Dokumentationen in die Nachtstunden: solche Kritik ist oft zu hören.

Aber das alles kann man in Briefen, Mails oder Anrufen gegenüber den Sendern kundtun! Außerdem gibt es Rundfunk- und Verwaltungsräte, die zwar nicht in redaktionelle Gestaltung hineinreden, sich jedoch als Ansprechpartner anbieten und für Transparenz sorgen sollen. Nicht ohne Grund haben die Sparpläne des NDR lebhaft Diskussionen und Proteste ausgelöst.

Doch was der Landtag in Sachsen-Anhalt praktizierte, hat eine andere Dimension. Man beruft sich auf die im Koalitionsvertrag festgeschriebene „Beitragsstabilität“. Niemand kann doch wohl ernsthaft behaupten, diese sei durch eine Erhöhung nach elf (!) Jahren

um moderate 86 Cent gefährdet! Zumal die Forderung nicht von raffgierigen Intendanten stammt, sondern von der unabhängigen „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten“ (KEF), und der Beitrag zwischenzeitlich auch einmal abgesenkt worden war.

Vor allem aber: Die Blockade der Gebührenanhebung ist ein Angriff auf die Freiheit der Medien. Mit finanziellem Druck sollen Programme verändert, vielleicht gar willfährige Berichterstattung bewirkt werden. Der Osten sei zu wenig sichtbar, sagen Abgeordnete; und wenn, dann meist im Zusammenhang mit rechtsradikalen Übergriffen und Fremdenfeindlichkeit. Leider ist das allerdings ungenaue Wahrheit – wobei in Berichten und Kommentaren durchaus betont wird, dass diese Tendenzen auch im Westen zunehmen.

Die hohen Prozentzahlen der AfD und ihre Ursachen müssen die Medien beschäftigen. Weichspülung ist unangebracht. Dass ostdeutsche Regionen in Sendungsformaten oft dunkel oder irgendwie im Retro-Ambiente daherkommen, behauptet auch die Beratungskommission der Bundesregierung unter Leitung des SPD-Politikers Matthias Platzeck in ihrer ansonsten sicherlich ver-

dienstvollen Bestandsaufnahme zu 30 Jahren deutsche Einheit. Jedoch: Es gibt sie doch, gern gesehene Serien wie „In aller Freundschaft“ mit der blitzblanken Sachsenklinik und dem stets freundlichen Personal, den im Hier und Heute angesiedelten „Usedom“-Krimi und vieles mehr! Und Sender wie der MDR, rbb und NDR nehmen regionale Themen ausgiebig wahr, weit entfernt von Düsternis und mürrischer Rückschau.

Überhaupt: Ist es sinnvoll und angebracht, nach 30 Jahren Wiedervereinigung „den Osten“ medienkritisch pauschal ins Visier zu nehmen? Angesichts pulsierender Metropolen wie Leipzig, des boomenden Tourismus an der mecklenburgischen Ostseeküste, der munteren Universitätsstadt Greifswald?

Richtig ist, dass es prozentual zu wenige ostdeutsche Führungskräfte in Politik und Wirtschaft gibt, weswegen sie denn auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk seltener zu Wort kommen. Nur: Das zu ändern kann nicht Aufgabe der Medien sein. Das öffentlich-rechtliche Prinzip in Deutschland ist Garant für Unabhängigkeit, Seriosität und Qualität, mit seinem weltweiten Korrespondenten-Netz, Dokumentationen und fundierten Kommentaren ein Bollwerk gegen die um sich greifende Neigung zu „Fake News“. Es bewährt sich gerade in Krisen wie der Corona-Pandemie. Es hat das Recht zu informieren, aber auch zu unterhalten. Man mag getrost seine Fehler und Mängel kritisieren – zugleich sollte man es mit Zähnen und Klauen verteidigen! Das lehrt der Blick auf Beispiele unerfreulicher Medienentwicklungen in anderen Ländern – nicht zuletzt jenseits des Großen Teichs!



Die frühere NDR-Journalistin Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD) war im Kabinett Schröder parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium.